



Gewerbe- & Unternehmerverband
des Saarlandes e. V.

KMU WAHLCHECK 2022

AUF DEM PRÜFSTAND:

Wer ist am ehesten auf der Seite
der kleinen und mittelständischen
Unternehmen im Saarland?

GVS-EV.DE



LANDTAGSWAHL 2022

27. März 2022

Corona und die Ukraine überlagern die Wahl an der Saar

Die kleinen und mittleren Unternehmen im Land, die Gewerbetreibenden, Handwerker und Einzelhändler haben schwere Zeiten hinter sich. Viele von ihnen mussten während der Pandemie um ihre Existenz kämpfen. Und auch Putins Einmarsch in die Ukraine und die hieraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen werden mittelfristig für sie zu spüren sein.

Wenn am 27. März 2022 die Wählerinnen und Wähler im Saarland zu den Urnen gerufen werden, dann werden diese Ereignisse eine wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung spielen. Das macht den Ausgang der Wahl ziemlich unwägbar. Werden die eigentlichen politischen Kernthemen noch eine Rolle spielen? Und wie stark werden das Pandemie- und vor allem das beängstigende Weltgeschehen dieser Landtagswahl im Saarland ihre Stempel aufdrücken? Wir wissen es (noch) nicht. Die Wahlentscheidung könnte jedoch historisch werden, denn nicht wenige Beobachter sehen eine Wechselstimmung im Lande. Es wäre der erste Wechsel seit fast einem Vierteljahrhundert.

Es gibt Wählerinnen und Wähler, die nie etwas anderes als eine CDU-geführte Landesregierung erlebt haben. Seit fast 23 Jahren wird Deutschlands kleinstes Flächenland von der CDU regiert. Als Peter Müller im Herbst 1999 Reinhard Klimmt ablöste, waren die Erstwählerinnen und Erstwähler der jetzt anstehenden Landtagswahl noch nicht auf der Welt. Auf Müller folgte 2011 Annegret Kramp-Karrenbauer, die sich 2018 auf den Weg nach Berlin machte, um Angela Merkel zu beerben. Sie scheiterte furios und überließ Armin Laschet den Bundesvorsitz der Christdemokraten.

Die Saarland-Connection war ein Flop

Während Kramp-Karrenbauer als Verteidigungsministerin nach Außenminister Heiko Maas (SPD) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zur dritten saarländischen Kraft im GroKo-Kabinett Merkels wurde, führte Laschet die CDU bei der Bundestagswahl im Herbst 2021 nah an die 20-Prozent-Marke und damit in die Opposition. Die Saarland-Connection, einst von medialen Freudenjauchzern begleitet, sie war

Geschichte. Die von ihr erhofften Erfolge für die strukturell, wirtschaftlich und finanziell gebeutelte Heimat blieben aus. Das Land steht weiter allein mit seinen massiven strukturellen, wirtschaftlichen und finanziellen Problemen.

Die Niederlage bei der Bundestagswahl lastet schwer auf der CDU im Bund. Und sie lastet schwer auf Kramp-Karrenbauers Nachfolger in der Staatskanzlei am Saarbrücker Ludwigsplatz. Tobias Hans, der 2018 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, verspürt nicht gerade Rückenwind aus Berlin, wo jetzt Olaf Scholz (SPD) eine von SPD, Grünen und FDP gebildete Ampelregierung anführt.

Seitdem vermerken Beobachter ein deutliches Abkühlen auch in der saarländischen GroKo, denn durch die politische Veränderung in Berlin hat sich das saarländische Miteinander erheblich verkompliziert, inhaltlich wie psychologisch. Kein Wunder: Die bisherige Regierungspartnerin und Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) ist gleichzeitig auch die Herausforderin von Hans bei der anstehenden Landtagswahl.

Wie immer das Rennen um die saarländische Staatskanzlei auch ausgehen mag, auf die beiden großen Parteien, die potenziell eine Regierung anführen können, warten gleich zwei Probleme.

Strukturwandel und Transformation bestimmen die wirtschaftliche Zukunft an der Saar

Und die sind gewaltig. Zwar ist der Strukturwandel Dauerthema in der saarländischen Politik. Aber er ist nicht die einzige große Mega-Herausforderung der Landespolitik. Ebenso drängend wie der Strukturwandel ist die notwendige Transformation der wirtschaftlichen Paradedfelder des Standortes Saarland: ob Stahlindustrie, ob Energieproduktion oder Automotivsektor. Sie alle müssen in Zukunft nachhaltig produzieren bzw. nachhaltige Produkte herstellen.



Von Energie- oder Verkehrswende, von gelungenem Ausbau der Erneuerbaren oder dem Entwickeln moderner Mobilitätskonzepte ist indes im Saarland noch wenig zu sehen, von CO2-neutra-

len Wertschöpfungsketten ganz zu schweigen.

Der Handlungsbedarf am Industriestandort Saar ist gewaltig



Ähnliches gilt auch für das Dauerthema Strukturwandel. Alte und über Generationen gepflegte Strukturen lösen sich nicht einfach in Luft auf. Von der geplanten, durchdachten Konzeption eines Wandels, weg von alten Abhängigkeiten der Großindustrie hin zu modernen, kleinteiligeren mittelständischen Strukturen, ist wenig zu sehen. Und somit läuft der Strukturwandel stets Gefahr bruchartig zustande zu kommen. Der Kohleausstieg 2012 war eher erzwungen. Klimarelevanz und Bergschäden beendeten den Jahrhunderte alten Abbau des schwarzen Goldes an der Saar. Die mehrfach „gerettete“ saarländische Stahlindustrie sieht sich immer stärker werdender weltweiter Konkurrenz gegenüber. Hinzu kommen die Anforderungen, die der Klimawandel an die Stahlproduktion stellt. Ob hier die grüne Wasserstofftechnologie einen Ausweg darstellt, bleibt abzuwarten. Über die Planung von Pilotanlagen ist die von manchen als „Beruhigungspille“ geschmähte Wasserstoffstrategie bisher nicht hinausgekommen.

Ähnliches Ungemach droht auch der Autoindustrie. Wenn Mitte des Jahres der Ford-Konzern seine Entscheidung bekannt geben wird, wo er ein zukunftsfähiges Elektroauto auf Band legen wird, ob im spanischen Valencia oder im heimischen Saarlouis, könnte dies das Aus für zehntausende Arbeitsplätze im saarländischen Automotivbereich bedeuten. Auch hier wurde in der Vergangenheit von wirtschaftspolitischer Seite viel zu lange auf den klimaschädlichen Verbrenner gesetzt. Die vor zwei Jahren ins Land geholte Ansiedlung einer chinesischen Batteriefabrik in Überherrn könnte zu spät kommen.

Der Eindruck, dass saarländische Wirtschaftspolitik zu oft noch in alten aus der Kohle und Stahl-Ära stammenden Mustern denkt, ist kaum von der Hand zu weisen. Vergleicht man ihre Reaktionszeiten auf neue Entwicklungen etwa mit denen im baden-württembergischen Ländle, so schneidet das Saarland ziemlich miserabel ab. Dem Land werden allenthalben eine schwache Innovationsdynamik und eine unterentwickelte

Gründerkultur bescheinigt. Beides sind wichtige Faktoren im Bereich von Strukturwandel und Transformation. Der Handlungsbedarf am Standort Saar ist gewaltig.

Der Mittelstand als Innovationstreiber fehlt

Die Probleme des Standortes hängen auch mit dem traditionell schwach entwickelten saarländischen Mittelstand zusammen, der andersorts als der Innovationstreiber gilt. Noch immer fungiert die Saarindustrie in großen Teilen als eine sogenannte „verlängerte Werkbank“ im industriellen Bereich. Nur langsam kommen Initiativen, größere mittelständische Unternehmen ins Land zu holen, wie etwa auf dem Lisdorfer Berg in Saarlouis, voran. Gleiches gilt für die Bereiche von Digitalisierung, Wissenschaft und Forschung. In diesen wirtschaftlich-technologischen Zukunftsfeldern kann die Landesregierung durchaus Erfolge vorweisen. Erfolgsmeldungen wie die Verlangsamung des Brain-Drains, die Forschung und Entwicklung im Bereich von Cybersicherheit und Künstlicher Intelligenz und die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich der Digitalisierung werden meist von Negativmeldungen und der eher problemorientierten Perspektive saarländischer und bundesweiter Medien überdeckt.

Die Stimmung im Land

Wenn es wahr ist, dass wirtschaftliches Handeln zu einem hohen Prozentsatz auf psychologischen Kriterien beruht, dann sieht es für die saarländische Wirtschaft derzeit nicht gerade gut aus. Zukunftssorgen und handfeste Befürchtungen prägen die Stimmung im Land. Das ist leider nicht neu. Hohe Verschuldung von Land und Kommunen, die demografische Entwicklung, viele hintere Plätze in bundesweiten Vergleichen etwa bei der Ausstattung mit moderner Infrastruktur, im Bildungsbereich und vor allem bei der wirtschaftlichen Dynamik, schaffen eine nicht gerade optimistische Grundstimmung. Sind es bei Gewerkschaften und Beschäftigten Ängste vor Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlusten, so sorgen sich die Unternehmen vor allem um Kostensteigerungen im Energie- und Rohstoffsektor, um den bereits um sich greifenden Facharbeitermangel und nicht zuletzt um schwierigere Finanzierungen bzw. den Wegfall von Förderungen.

Dass auch die aktuelle weltpolitische Lage die Unternehmen nicht gerade optimistisch stimmt, versteht sich von selbst. Gerade bei den

kleinen und mittleren Unternehmen, die besonders unter den Corona-Einschränkungen zu leiden hatten, sind Existenzängste nicht selten. Hinzu kommt, dass die Handwerker, Einzelhändler, Selbständigen und Freelancer, die in ihrer Gesamtheit auch im Saarland eine wichtige Säule der Wirtschaft darstellen, bei Krisen stets zu den am schnellsten und am stärksten Leidtragenden zählen.

Welche Politik, so fragen sich viele im Land, kann dieser Situation am besten gerecht werden? Wahlentscheidungen werden bekanntlich nicht nur von Wahlprogrammen beeinflusst, sondern auch vom personellen Angebot der Parteien. Hinzu kommen die Einflüsse aus dem Bund und momentan nicht zu unterschätzen, die weltpolitische Lage, Stichwort Putin und die Ukraine. Schauen wir uns die Saar-Parteien, ihr Spitzenpersonal und ihre Ausgangslage an:

Die CDU und Tobias Hans

Der Amtsinhaber hat noch keine Wahl als Spitzenmann seiner Partei bestritten. Konnte er zu Beginn seiner Amtszeit als MP ähnlich gute Umfragewerte erzielen wie seine Vorgängerin bei den Wahlen 2017, so prognostizieren die Umfragen neueren Datums herbe Verluste für ihn und seine Partei. Immerhin hat es Hans geschafft, eine gewisse bundesweite Popularität zu entwickeln.



Ob seine teilweise beachtlichen Debattenbeiträge in allerlei Talkrunden bei den Saarländerinnen und Saarländern einen gewissen Stolz auf einen von uns entfachen können, bleibt abzuwarten. Der saarländische Regierungschef ist durchaus zukunftsorientiert und stellt mit sei-

nen Initiativen im Bereich von Digitalisierung und Transformation die richtigen Weichen.

Woher die schwachen Umfragewerte stammen, darüber rätseln viele. Sind es Fehler im Corona-Handling? Oder wirkt er zu wenig als Kümmerer in den Krisenbereichen des Landes? Fakt ist, dass die Christdemokraten und ihr Vormann noch immer am Laschet'schen Desaster leiden. Ob der neue Bundesvorsitzende Friedrich Merz der Union ein neues, auf die Saarland-Wahl wirkendes Profil verleihen kann, bleibt abzuwarten.

Die SPD und Anke Rehlinger

Zum zweiten Mal macht die SPD-Frontfrau einen Anlauf in Richtung Staatskanzlei. Im Jahr 2017 scheiterte sie im Wahlkampfendspurt trotz oder wegen des damaligen SPD-Shootingstars Martin Schulz.



Rehlinger verfügt über keine bundesweite Popularität, hat sich aber im Saarland als Kümmerin einen guten Namen gemacht. Die saarländischen Sozialdemokraten, die stets über den Ergebnissen ihrer Bundespartei lagen, werden als Themenschwerpunkte den Erhalt von Arbeitsplätzen in den industriellen Kernen und die soziale Gerechtigkeit in den Fokus stellen. Letzteres wohl auch mit der Absicht Linksparteiwähler an sich zu binden. Die gelten, so formuliert es ein Spötter, als die „Stille Reserve“ der Partei. Das Kalkül, so zeigen es die Umfragen, scheint aufzugehen. Rehlingers Versuche die Partei thematisch zu modernisieren, sie für grüne Themen zu öffnen, signalisieren eine neue Koalitionsvorliebe. Die Ampel lässt grüßen.

Die Linke ohne Oskar Lafontaine

Verfestigt sich der Wahlrend, so wird der wohl prominenteste aktive Saar-Politiker seine der-einst von ihm gegründete und im Saarland zu beachtlichen Höhen geführte Partei mit in den Ruhestand nehmen. Offenbar ermüdet von Skandalen und Skandälchen seiner Mitstreiter, von endlosen juristischen und politischen Auseinandersetzungen mit Teilen seiner Partei, zieht sich Oskar Lafontaine aus dem politischen Geschäft zurück. Dass der teilweise würdelose und äußerst undankbare Umgang mit Lafontaine nicht auf die Zustimmung des Wahlvolks trifft, können Oskars potenzielle Nachfolger an diversen Umfragen ablesen. Und nicht nur das: Prognosen von unter 5 Prozent dürften dem oder der einen oder anderen sämtliche Illusionen über die eigene politische Bedeutung rauben. Die Linkspartei, trotz Krieg in Europa und sozialer Schief lagen im Land, ist ohne Lafontaine nur noch ein Schatten ihrer selbst.

Die GRÜNEN ohne Ulrich

Die Grünen hingegen schöpfen Hoffnung nach dem Abgang ihres langjährigen Vormanns Hubert Ulrich. Nach einem chaotischen Wahljahr 2021 und einem schwierigen Neustart 2022 scheint sich ein Generationenwechsel abzuzeichnen. Politisch profitieren wollen die Ökos vom Klimathema, von der Energie- und Mobilitätswende. Ob sie präzise Antworten auf die individuellen Probleme des Landes haben, bleibt abzuwarten. Die neue Riege ist landespolitisch noch unerfahren. Dabei winkt bei einem Wiedereinzug in den Landtag sogar eine Regierungsbeteiligung.

Die FDP mit oder ohne Oliver Luksic

Eine weitere Partei, die auf den Wiedereinzug ins 51-köpfige Saar-Parlament hofft, sind die Freien Demokraten. Auch sie treten mit wenig bekannten Gesichtern an, profitieren jedoch von der Popularität ihres Landeschefs Oliver Luksic, der sich in den vergangenen Jahren einen bundesweiten Namen als Verkehrsexperte gemacht hat. Luksic ist zudem der einzige Saarländer im Kabinett Scholz und zwar als parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Digitales und Verkehr. Ob es Luksic bei einer möglichen Regierungsbeteiligung zurück in die Heimat ziehen würde, darüber kann man trefflich spekulieren.

Ganz gleich wo Ihre politischen Präferenzen liegen, der GVS ist immer eine gute Wahl

Wie schon bei der letzten Landtagswahl bietet

der GVS seinen Mitgliedern einen besonderen Service an. Er befragte die saarländischen Parteien nach ihren politischen Absichten und Initiativen für die Belange der KMU, der Gewerbetreibenden, Einzelhändler, Handwerker und Selbständigen. Fünf spannende Fragen zu Themen, die den saarländischen Kleinunternehmern unter den Nägeln brennen, sollten beantwortet werden. Sie reichen von Problemen des Fachkräftemangels, der steigenden Energiepreise über Fragen der Gründerkultur bis hin zum Mega-Thema des Strukturwandels. Abschließend sollen die Parteizentralen eine Einschätzung ihrer bisherigen KMU-Politik abgeben und dann die Frage aller Fragen beantworten: Warum sollen wir Sie wählen?

Wir präsentieren Ihnen, was die saarländischen Parteien in Sachen KMUs geantwortet haben. Prüfen Sie die Antworten der Politik, bilden Sie sich Ihre Meinung. Was immer Sie wählen, wählen Sie demokratisch.

Und denken Sie daran: Wo immer Ihre politischen Präferenzen liegen, wo immer Sie Ihre persönlichen und unternehmerischen Interessen am besten aufgehoben sehen: Der GVS als Ihr neutraler und parteipolitisch unabhängiger Interessenvertreter ist immer eine gute Wahl.

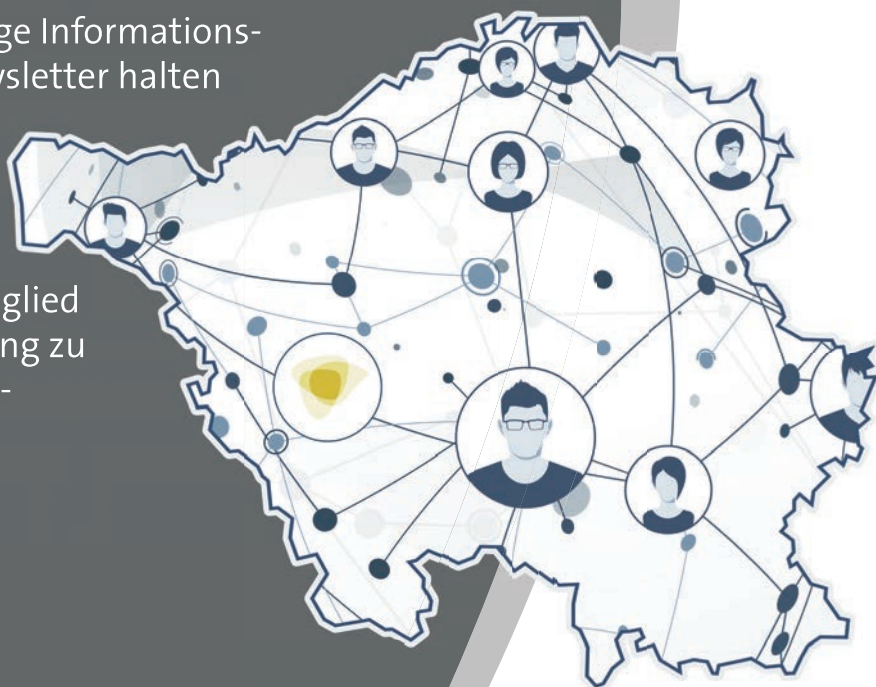
In diesem Sinne viel Spaß bei der Lektüre!

Ihr Team des Gewerbe- & Unternehmerverbandes
des Saarlandes – GVS e.V.

WER WIR SIND

Im GVS haben sich Selbständige, Angehörige der freien Berufe sowie kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) aller Branchen und Gewerke zusammengeschlossen, um sich gegenseitig zu fördern und gemeinschaftlich ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen zu vertreten.

Der GVS bietet seinen Mitgliedsunternehmern ein umfangreiches Servicepaket. Ein lebendiges Netzwerk bietet Ihnen dabei wertvolle Kontakte sowie eine kostenlose Präsentationsfläche. Regelmäßige Informationsveranstaltungen und unser Newsletter halten Sie stets auf dem aktuellen Stand und versorgen Sie mit passenden und wichtigen Informationen für Ihr Unternehmen und Ihre Arbeit. Als Mitglied profitieren Sie zudem vom Zugang zu zahlreichen attraktiven Rahmenverträgen und Gruppentarifen.





AUF DEM PRÜFSTAND: Wer ist am ehesten auf der Seite der kleinen und mittleren Unternehmen?

**Existenzsicherung
und Unternehmenswachstum**
*Wie wollen sie bestehende Unternehmen sichern
und Unternehmenswachstum fördern?*

CDU

Viele inhabergeführte mittelständische Firmen sind durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie an den Rand ihrer Belastungsgrenze gekommen; sie ringen um ihre Existenz und brauchen jetzt die volle Unterstützung von Bund und Land, um wieder richtig „auf die Beine zu kommen“. Unsere Industrie- und Mittelstandspolitik wird daher mit finanziellen Fördermitteln und passgenauen Unterstützungsangeboten dabei helfen, die Wettbewerbsfähigkeit der Saarländischen Wirtschaft zu erhalten, bestehende Unternehmen nachhaltig zu sichern und Unternehmenswachstum entschlossen zu fördern. Dazu gehört, die marktfähigen Geschäftsmodelle, Produkte und Dienstleistungen auf die neuen Anforderungen der Digitalisierung und Glo-

balisierung auszurichten; dazu gehören auch innovative Antworten auf den demographischen Wandel, vor allem auf den zunehmenden Fachkräftemangel.

SPD

Wenn ein Unternehmen kriselt, darf das nicht direkt das Ende sein. Dafür haben wir die Eigenkapitalgesellschaft zur Sicherung saarländischer Unternehmen (SEK) geschaffen. Die Saar-SPD setzt sich dafür ein, dass Unternehmenssanierungen begleitet werden und damit Gute Arbeit und die Zukunft der Beschäftigten gesichert wird.

Nicht erst in der Corona-Pandemie hat unser sozialdemokratisch geführtes Wirtschaftsministerium das Instrumentarium zur Existenzsicherung mittelständischer Unternehmen stark ausgebaut. Die direkt bei Staatssekretär Jürgen Barke angesiedelte „Task Force Unternehmenssicherung“ ist seit Jahren aktiv in der Unterstützung von Firmen, die in wirtschaftliche Schwie-

rigkeiten geraten sind. Das Projekt „Runder Tisch KMU“ ist in der Corona-Krise neu entstanden; hier helfen wir gemeinsam mit den Kammern und Banken vor allem kleinen Unternehmen, schnell wieder auf die Beine zu kommen.

Mit der „Gründungs- und Wachstumsfinanzierung Saarland“ oder „Investitions- und Regionalförderung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit überregional tätiger Unternehmen“ stellen wir die Mittel bereit, damit aus Träumen und Ideen Hallen, Geschäfte und Jobs werden. Mit uns an der Seite gelingen die Schaffung neuer und die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze. Wir werden außerdem die Förderkulissen der EU, des Bundes und des Landes zur gezielten Förderung von Unternehmen im Wandel einsetzen und ein Förderprogramm „TransformationsBooster“ zur Unterstützung betrieblicher Investitionen und der Implementierung von Innovationen in KMU auflegen.

Um Unternehmen zukunftsfest zu machen, haben wir in den vergangenen Jahren außerdem ein breites Förderangebot aufgelegt. Dazu zählen u.a. der „Digitalstarter Saar“ und das Weiterbildungs-Förderprogramm „Kompetenz durch Weiterbildung“. Mit dem Masterplan Industrieflächen 2 schaffen wir zusätzlich Platz, damit Unternehmen im Saarland wachsen können.

DIE LINKE.

Grundlegend muss im Saarland der Mittelstand besser unterstützt werden. Deswegen müssen wir im Land die Attraktivität der Standorte erheblich stärken. Dazu zählen auch nicht nur Faktoren, die die Unternehmen selbst betreffen, sondern viel mehr die grundsätzlichen Lebensverhältnisse der Beschäftigten. Wir wollen beispielsweise einen kostengünstigen bis kostenlosen und vor allem engmaschigen ÖPNV für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort; kostenlose KITA-Plätze, um die Abwanderung aus dem Saarland zu bremsen. Weitere Standortfaktoren, die die Betriebe direkt betreffen und somit stärken, wären mehr E-Government, weniger Verwaltungshürden, keine überzogenen Gewerbesteuerhebesätze – die gehen zu Lasten des Standorts und der Bürgerinnen und Bürger.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ein Großteil der Wertschöpfung und der Beschäftigung hierzulande entsteht im Mittelstand. Ihn gilt es zu erhalten und sein Wachstum und Innovation zu fördern. Wir wollen die Unternehmen in ihren Bemühungen unterstüt-

zen, auch zukünftig in einem hart umkämpften Markt erfolgreich zu sein. Existenzgründungen benötigen ein entsprechendes Klima das es zu schaffen gilt. Lösungen liegen zum einen in der Modernisierung der Produktionsprozesse durch intelligente Vernetzung von Maschinen und Abläufen mit Hilfe der Informations- und der Kommunikationstechnologie (Industrie 4.0). Zum anderen in der erfolgreichen Umstellung auf eine klimaneutrale Fertigungsweise (siehe unten).

Durch das Angebot einer Digitalisierungsberatung wollen wir den Mittelstand beim Aufbau einer modernen Digitalstruktur und dem Gebrauch künstlicher Intelligenz unterstützen.

Durch den Ausbau von Kooperations- und Netzwerkaktivitäten („Cluster“) wollen wir die Unternehmen bei der Bildung lokaler, resilienter Wertschöpfungsketten, aber auch bei der Erschließung neuer Marktsegmente unterstützen. Wir wollen innovative Finanzierungsformen unterstützen wie Bürgerfonds und Venture Capital oder innovative Modelle, bei den Geld aufgebracht wird als Gegenleistung für Güter und Gutschriften. Damit können wir kleine und mittlere Unternehmen unabhängiger von den konventionellen Finanzierungswegen über Banken machen.

Wertvolle Impulse für den regionalen und lokalen Wirtschaftskreislauf können auch Gratifikationssysteme liefern, bei denen Unternehmen ihren Mitarbeitern Prämien in Form von lokal einlösbaren Schecks gewähren.

FDP

Die wichtigsten Rahmenbedingungen, die der Staat für Unternehmen setzen kann, sind möglichst geringe staatliche Belastungen sowie die Bereitstellung einer möglichst guten Infrastruktur. Den Unternehmen muss die Chance erst einmal gegeben werden, um überhaupt wachsen zu können. Daher wollen wir die Bürokratie für die Unternehmen entschlacken und das Planungsrecht vereinfachen und beschleunigen. Mit einer Investitionsoffensive wollen wir den Wirtschafts- und Industriestandort Saarland infrastrukturell konkurrenzfähig und zukunftsorientiert gestalten. Zudem wollen wir Anreize dafür schaffen, dass die Kommunen im Saarland ihre Gewerbesteuersätze auf das Bundesniveau senken können.



Strukturwandel und wirtschaftliche Zukunft der KMU

Welche Ideen haben Sie für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes? Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass speziell KMU auf dem Weg mitgenommen und gefördert werden?

CDU

Das Saarland ist Industrieland mit starken Marken im Bereich der Automobilwirtschaft mit großen Unternehmen wie Bosch, Ford, Schaeffler oder ZF und künftig auch SVolt, aber auch vielen kleinen und mittelständischen Betrieben in diversen Branchen. Um dieses Umfeld zu erhalten, brauchen wir weitere Ansiedlungen. Deswegen werden wir unsere Verbindungen zu den Entscheidern in den Konzernzentralen nutzen, um unser Land mit seinen starken wissenschaftlich-technologischen Kompetenzen, seiner Produktionsexzellenz und seiner unternehmerischen Vielfalt als Investitions- und Innovationsstandort zu vermarkten. Wir stehen für eine aktive Ansiedlungspolitik zur Diversifizierung unserer Saarwirtschaft. Ansiedlungsmanagement und Transformation unseres Wirtschaftsstandorts bleiben auch in Zukunft Chefsache!

Nicht nur die Industrie, sondern gerade auch die mittelständische Wirtschaft und die Familienunternehmen in unserem Land müssen in den nächsten Jahren ihre Geschäftsmodelle den Herausforderungen einer neuen Zeit anpassen. Tobias Hans und die CDU Saar werden den Mittelstand dabei unterstützen, sich auf neue Technologien wie etwa den 3D-Druck, auf neue Herausforderungen wie eine bessere Energieeffizienz und auf neue Märkte wie den Online-Handel und die neue Plattform-Ökonomie einzustellen. Dazu werden wir flächendeckend im ganzen Land und in Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften ein neues Beratungs- und Unterstützungsangebot

für den Mittelstand aufbauen. Dieses „Zukunftsnetzwerk Mittelstand“ wird jedem interessierten Unternehmen auf der Basis kostenloser Initialberatungen einen ersten „Mittelstands-Fitness-Check“ anbieten und Wege zu Modernisierung, Weiterentwicklung und Ausbau ihres Geschäftsmodells aufzeigen.

Wenn unser Mittelstand weiterhin auf Dauer wettbewerbsfähig bleiben soll, ist es zwingend notwendig, ihn von Bürokratielasten zu befreien, seine Steuer- und Abgabenbelastung zu senken und damit Liquidität ebenso wie die Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Wir werden dazu auf der Ebene des Bundesrates eine Initiative zur Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge einbringen und uns für eine Neuregelung zum Verlustrücktrag einsetzen, die sowohl zeitlich als auch der Höhe nach zu einer Ausweitung der steuerlichen Spielräume führt; damit verbessern wir auch die Eigenkapitalsituation mittelständischer Unternehmen.

Unser Ziel: den Strukturwandel – wie auch früher – wieder einmal erfolgreich bestehen! Denn nur unternehmerische Wertschöpfung, die auch zu steuerlicher Wertschöpfung führt, hilft uns, Arbeitsplätze zu erhalten und ein eigenständiges Bundesland zu bleiben.

SPD

Um die Transformation der Saarwirtschaft wirkungsvoll voranzubringen, richten wir eine Task Force Transformation bei der Ministerpräsidentin ein, um die kurzen Wege im Saarland zu den Entscheider:innen noch zu verkürzen. Die Transformation der Industrie, verbunden mit dem Strukturwandel in der gesamten Saarwirtschaft, eröffnet so die Chance auf zukunftssichere, moderne und gute Arbeitsplätze auch in anderen Branchen. Neuansiedlungen müssen gerade in strategisch wichtigen Feldern und für Zukunftstechnologien gefördert werden.

Wir wollen außerdem, dass aus den besten Ideen unseres Landes neue Arbeitsplätze entstehen und unterstützen deshalb vor allem unseren Mittelstand dabei, näher an die Hochschulen und die exzellenten wissenschaftlichen Institute heranzurücken und den Innovations-transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verbessern.

So stärken wir auch die weitere Vernetzung der im Saarland etablierten anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen und -projekte (ZeMA, DFKI, AWSi, CISPA, RZzKI, P4P, BEST e.V.), um die Gestaltungskompetenz der Unterneh-

men und ihrer Beschäftigten zu fördern. Einrichtungen wie das das East Side Fab und das co:hub66 unterstützen die branchenübergreifende Zusammenarbeit bei Digitalisierung, Innovation, Zusammenarbeit und Gründergeist. Um den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, müssen Unternehmen und Arbeitnehmer:innen in die Lage versetzt werden, mit der Entwicklung Schritt halten zu können. Daher legen wir auch zukünftig einen Schwerpunkt auf das Thema Weiterbildung und die Digitalisierung der Unternehmen. Wir brauchen aber auch eine größere Diversifizierung, um die Abhängigkeit vom Weltmarkt in Krisenzeiten zu begrenzen. In den vergangenen Jahren haben sich wichtige Zukunftsbranchen weiterentwickelt, deren Wachstum wir fördern werden. Ansiedlungen werden mit der SPD und Anke Rehlinger zur Cheffinnensache, um die erfolgreiche Ansiedlungspolitik der vergangenen Jahre fortzuführen und dadurch neue Unternehmen ins Land zu bringen, die neue Impulse für die erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels generieren.

DIE LINKE.

Prekäre Selbstständigkeit und Freiberuflichkeit wollen wir vermeiden. Deshalb fordert DIE LINKE bundesweite branchenspezifische Mindesthonorare, die einem ruinösen Preiswettbewerb entgegenwirken und Soloselbstständige schützen. Diese branchenspezifischen Mindesthonorare sind allen privaten und öffentlichen Auftraggebern verbindlich vorzuschreiben. Wichtig ist aber auch der Grundsatz: Soziale Absicherung in allen Arbeitsverhältnissen! Wir wollen sämtliche Tätigkeiten über die Sozialversicherungen absichern. Die Pandemie hat gezeigt, dass viele sozialstaatliche Leistungen zu knapp bemessen sind. Wichtig ist außerdem, dass die Krankenversicherungsbeiträge für Selbstständige und andere freiwillig in der GKV Versicherte sich deutlich stärker am realen Einkommen orientieren. Ermäßigte Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensives Handwerk; umfangreiches und für Aufträge sorgendes Investitionsprogramm der öffentlichen Hand; Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, soziale und kulturelle Einrichtungen; scharfes Wettbewerbsrecht gegen Digitalkonzerne und „Datenkraken“. Wir brauchen ein flächendeckendes, kabelgebundenes Netz (Glasfaser) und ein Funknetz neuester Generation von der Küste bis zu den Alpen. Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe sollte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge beachtet

werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Von Umbrüchen und Krisen war das Saarland bereits in der Vergangenheit betroffen. Es hat sich gezeigt: Die Saarländer können Strukturwandel. Das Saarland zeichnet sich durch seine Weltoffenheit, Internationalität und Zentralität in der Großregion aus. Unsere Lust auf Neues stärkt die ausgeprägte internationale Kompetenz. Innovation und Invention sind das Refugium der mittelständischen Wirtschaft. Bestehende Förderprogramme sind aber zumeist auf Großbetriebe zugeschnitten. Kleine und mittlere Betriebe sind mit dem bürokratischen Aufwand für Beantragung und Kontrolle häufig überfordert. Dies gilt insbesondere für von der Europäischen Union kofinanzierte Programme. Beratungsangebote sowie Unterstützung bei der Antragstellung insbesondere für mittelständische Unternehmen sind auszubauen. Die gesamte Förderkulisse ist an die neuen Gegebenheiten der Märkte und seiner zu erwartenden Entwicklung anzupassen. Die Unterstützung muss sich dabei von der Initiierung von Fördermaßnahmen, bis hin zur Begleitung der nachhaltigen/erfolgreichen Umsetzung in den Unternehmen erstrecken.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen lokale, praxisnahe Beratungsstrukturen zur Verfügung stellen, um Handwerk und Dienstleistungen den Zugang zur Forschungsförderung zu erleichtern. Die Unterstützung darf dabei nicht an die Anzahl der Mitarbeiter bzw. die Höhe der Lohnsumme gekoppelt werden. Fachkräftemangel kann ein Überlebensrisiko für Betriebe sein. Gegebenenfalls wollen wir über eine Bundesratsinitiative eine Änderung der Förderkriterien des Bundes herbeiführen. Die Außenwirtschaftsförderung wollen wir außerdem neu organisieren und alle Akteure zusammenführen. Wir wollen die Wirtschaftsförderung gezielt für KMU durch Bildung von Plattformen für Kongresse/Veranstaltungen innerhalb und außerhalb des Saarlands etablieren.



Fach- und Arbeitskräfte

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie speziell die KMU – die im Wettbewerb mit der Industrie und Großunternehmen sowie Konkurrenten außerhalb des Saarlandes – bei diesem Thema unterstützen?

CDU

Als CDU Saar werden wir alle Betriebe in unserem Land dabei unterstützen, für Fachkräfte auch weiterhin attraktiv zu sein. Zugleich werden wir mit einer Wohnraum-Offensive, unserem breiten kulturellen Angebot in modernen Hallen und Konzertsälen, Verbesserungen im ÖPNV und Naherholung dafür sorgen, die Attraktivität unseres Bundeslandes als Ort zum Leben und Arbeiten stetig weiter zu erhöhen.

Wir wollen darüber hinaus das Saarland zur Musterregion für flexible und möglichst individualisierte Arbeitszeitgestaltung machen. Dazu werben wir für einen beschäftigungspolitischen Dreiklang aus digitalen wohnortgebundenen Remote-Arbeitsformen, flexiblen Arbeitszeitmodellen und passgenauen Personalentwicklungskonzepten. Dabei setzen wir, dem Erfolgsmodell des „Saarländischen Weges“ folgend, auf entsprechende Modelle auf betrieblicher Ebene und auf tarifliche Regelungen. Innerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsangebote, insbesondere die Vermarktung digitalisierter Qualifizierungsmaßnahmen, werden wir weiter unterstützen. Auch das bewährte Gütesiegel „Familienfreundliches Unternehmen“ fördern wir weiter. Die derzeit gut verfügbaren Beratungs- und Förderangebote wollen wir qualitativ verbessern, indem wir sie stärker am praktischen Bedarf der Unternehmen ausrichten.

Der Fachkräftemangel ist in vielen Branchen mit dem regionalen Beschäftigtenpotential oft nicht mehr zu bewältigen. Deshalb brauchen wir eine bedarfsgerecht gesteuerte Zuwanderung internationaler Fachkräfte. Die auf Initiative von Ministerpräsident Tobias Hans im Saar-

land angesiedelte Bundeseinrichtung „Deutsche Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe“ (DeFa) leistet hier bereits eine wichtige Vorbild- und Schrittmacherfunktion; sie hilft privaten Anwerbeagenturen durch eine schnelle Bearbeitung der Anwerbeverfahren. Wir wollen daher, dass die DeFa ihr Angebot auch auf Mangelberufe außerhalb der Gesundheits- und Pflegewirtschaft ausdehnt.

Neben den genannten Faktoren müssen wir aber auch unser verfügbares Beschäftigungspotential besser ausschöpfen. Wir werden daher – in Abstimmung und in Gemeinsamkeit mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit (BA) – weiter daran arbeiten, die Rahmenbedingungen zu verbessern und Barrieren abzubauen, die Frauen an einem Erwerb hindern. Durch die qualitative Verbesserung der Kita-Betreuungsangebote, flexible Arbeitszeit- und Arbeitsort-Modelle und das Sonderprogramm „Wiedereinstieg nach der Familienphase“ wollen wir die Frauenerwerbsquote im Saarland signifikant verbessern. Auch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagenturen, Schulen und Kommunen unter dem Dach der Jugendberufsagenturen soll zur Verbesserung der Arbeitsmarkteingliederung beitragen.

Die CDU Saar unterstützt zuletzt auch weiterhin die Handwerkskammer bei ihrer wichtigen Aufgabe, möglichst viele junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk und für eine unternehmerische Selbständigkeit als Handwerksmeister zu begeistern. Dazu gehören auch die Unterstützung der saarländischen Meister- und Technikerschule, einer inzwischen bundesweit anerkannten Kaderschmiede, sowie der komplette Neubau einer überbetrieblichen Bildungsstätte. Zusätzlich werden wir den Aufbau einer Motivationskampagne vorantreiben, um die Attraktivität einer Ausbildung im Handwerk und Gewerbe, insbesondere im mittelständischen Bereich, herauszustellen und die daraus resultierenden Karrieremöglichkeiten aufzuzeigen. Als Beitrag zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung werden wir auch zukünftig Absolventinnen und Absolventen der entsprechenden Aufstiegsfortbildungen mit dem saarländischen Aufstiegsbonus („Meisterbonus“) fördern. Darüber hinaus wollen wir die bestehenden Hemmnisse bei der grenzüberschreitenden Annahme von Handwerksaufträgen sukzessive abbauen, damit saarländische Handwerker auch ohne das aufwändige Ausfüllen von Formularen zum Grenzübertritt tätig werden können.

SPD

In vielen Branchen herrscht ein besorgniserregender Fachkräftemangel. Ihn zu beheben ist der Schlüssel für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Der saarländische Mittelstand kann auf unsere Unterstützung zählen. Die intensive gemeinsame Arbeit zur Behebung dieses Fachkräftemangels führen wir im Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar fort. Wir werden neue Formate wie die saarländische Beschäftigungskonferenz weiter ausbauen, um Strategien zu entwickeln, wie Unternehmen, arbeitslose Menschen und Beschäftigte zusammenfinden können. Wir wollen Landeskinder im Anschluss an Ausbildung oder Studium im Land halten und abgewanderten Saarländer:innen Brücken zurück in die Heimat bauen, um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken. Mit der Rückhol- und Halteagentur zeigen wir Karriereperspektiven auf und werben für berufliche wie private Perspektiven im Saarland. Damit vermitteln wir Unterstützungsangebote für Fachkräfte, die ins Berufsleben starten, ins Saarland wechseln möchten, sowie für Unternehmen, die Fachkräfte suchen. Und als zusätzlichen Anreiz werden wir für Fachkräfte, die zu uns ins Saarland ziehen, eine Umzugsprämie über die saarländische Rückhol- und Halteagentur anbieten, wenn das Unternehmen sich in gleicher Höhe beteiligt und eine Bestätigung für die Verlagerung des Erstwohnsitzes vorlegt.

Die Fachkräftesicherung im Saar-Handwerk unterstützen wir durch den Meisterbonus und planen außerdem einen Nachfolgebonus, mit dem wir jährlich eine Million Euro zusätzlich für Zuschüsse zu Betriebsgründungen oder -übernahmen mobilisieren.

DIE LINKE.

Maßnahmen des Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar forciert fortsetzen: Verringerung von Ausbildungs- und Studienabbrüchen, Stärkung der dualen Ausbildung durch qualifizierte Berufsorientierung. Implementierung von Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsquoten und des Arbeitsvolumens von Frauen, Älteren und Migranten. Bereitschaft der Beschäftigten zur Weiterbildung fördern. Attraktivität und Bindekraft des Landes steigern, um Abwanderung in andere Bundesländer zu reduzieren. Saarland-Marketing refokussieren und an wichtigen Zielgruppen ausrichten, gemeinsam mit der Wirtschaft kohärente Anwerbestrategie des Landes entwickeln und umsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der verstärkt spürbare Mangel an Arbeitskräften ist zum einen auf die demographische Entwicklung zurückzuführen. Hinzu kommt, dass viele junge Menschen das Land auf der Suche nach besseren beruflichen Perspektiven verlassen. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen wollen wir:

- » Berufliche Schulen stärken
- » Das Profil des Saarlandes als attraktiver Wohn- und Arbeitsort im Herzen Europas schärfen durch:
 - bezahlbaren und qualitativ hochwertiger Wohnraum,
 - eine erstklassige Kinderbetreuung sowie
 - die beste Bildung in Kitas, Schulen, beruflicher Ausbildung und Hochschulen.
- » Die Erwerbsbeteiligung- auch in Teilzeit- erhöhen durch
 - einem Ausbau öffentlicher Angebote,
 - die organisatorische Unterstützung von Arbeitgebern bei der Errichtung von Kooperationen - zum Beispiel beim Ausbau von Betriebskindergärten,
 - die Förderung innovativer Arbeitszeitmodelle.
- » Uns für eine Anpassung der bestehenden Regelungen und Gesetze an eine moderne Arbeitswelt einsetzen, als Beispiel sei die aktuelle Homeoffice-Regelung für Grenzgänger genannt.
- » Das Saarland als Ausbildungs- und Arbeitsregion bekannter machen und unsere Anstrengungen zur Gewinnung und zur optimalen Integration von qualifizierten Zuwandernden deutlich erhöhen.

Wir setzen auf die nachhaltige Förderung und Nutzung des Humankapitals – des auf die vielen Köpfe der Menschen verstreuten individuellen Wissens. Das ist die wichtigste Ressource, über die das Saarland verfügt.

FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Zuwanderern und Geflüchteten schneller Arbeitsgenehmigungen zu erteilen. In Gewerbe, Industrie, Handel und Handwerk fehlen Tausende Arbeitskräfte. Gleichzeitig warten Zuwanderer und Geflüchtete auf Arbeitsgenehmigungen; in der Wartezeit sind sie auf Transferleistung-

gen angewiesen. Wir wollen diesen Menschen Chancen bieten, indem wir sie in die Betriebe integrieren. Mit gezielten Qualifizierungsoffensiven wollen wir Hilfskräfte auf dem Weg zur Fachkraft unterstützen. Durch den gezielten Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten wollen wir die Frauenerwerbsquote im Saarland signifikant steigern. Familie und Berufstätigkeit sind nur vereinbar, wenn für Kinder flexible Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.



Energie

Mit welchen Mitteln wollen Sie gewährleisten, dass die Energiewende im Hinblick auf die stetig steigenden Kosten und hinsichtlich der Versorgungssicherheit etc. nicht existenzbedrohend für unsere Unternehmen wird?

CDU

Unsere Klimaziele erreichen wir nur durch einen massiven Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, des Stromnetzes sowie der Speicherkapazitäten; nur so lassen sich der steigende Strombedarf durch die Elektrifizierung des Verkehrs sowie die Produktion von grünem Wasserstoff decken. Keine Frage: es ist hier keine Zeit mehr zu verlieren; Planungs- und Genehmigungsverfahren von Energieerzeugungsanlagen müssen erheblich beschleunigt werden; zudem müssen die Stromnetze in Deutschland und Europa schneller ausgebaut werden. Eine Dekarbonisierung der Stahlindustrie und die Gestaltung der Energiewende gemeinsam mit all unseren Betrieben und Unternehmen ist für uns nur mit verlässlichen und fairen Rahmenbedingungen denkbar; sie bedarf vor allem einer massiven Unterstützung und bundes- und europapolitischer Flankierung. Es gilt, Brüche und jede Gefährdung des Wirtschaftsstandortes

Saarland zu vermeiden!

Da für viele Industrien die Stromkosten einen erheblichen Teil der Betriebskosten darstellen, sind sie ein zentraler Hebel, um auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu sein. Für das Saarland kann dies zu einem erheblichen Standortrisiko werden: bereits heute gehört Deutschland bei den Energiekosten zu den teuersten Standorten in Europa; und bereits heute liegt das Saarland deutschlandweit an der Spitze der Kostenvergleiche. Wir werden dies auf der Basis eines internationalen Monitorings noch einmal kritisch untersuchen und aufarbeiten; anschließend werden wir mit den Unternehmen der Energiewirtschaft über ein Steuerungskonzept für wettbewerbsfähige Energiepreise am Industriestandort Saarland beraten.

SPD

Wir unterstützen schon heute Unternehmen auf ihrem Weg, den Betrieb auf Energieeffizienz umzustellen.

Doch seit kurzem sind Energiekosten und -sicherheit aktueller denn je: Krieg und Sanktionen werden Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und unsere Energiepolitik haben. Wir stehen helfend zur Hand bei wirtschaftlichen Auswirkungen auf Unternehmen.

Die Versorgungssicherheit und die Energiepreise müssen im Zentrum unseres Handelns stehen. Wir werden unsere Energieversorgung umstellen müssen, kurzfristig zum Beispiel die Herkunftsländer von Erdgas, mittel- und langfristig aber die Energieträger. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss forciert werden, auch um unabhängiger von Putins Gas zu werden.

Auch die Bundesregierung springt Unternehmen zur Seite, die von Sanktionen betroffen sind. Wir ergänzen das im Saarland über das Sofortkreditprogramm. Sanktionen sollen Putin treffen und wir tun alles dafür, dass unsere Unternehmen möglichst wenig darunter leiden.

DIE LINKE.

Steuern auf Energieträger müssen grundsätzlich hinterfragt werden, da es sich hierbei um Daseinsvorsorge handelt. Um gegen die aktuelle Preisexplosion anzukämpfen, fordern wir hier kurzfristig die Reduktion der Mehrwertsteuer auf 7 % – bis hin zur kompletten Aussetzung. Es braucht jetzt schnelle Hilfe für die Menschen sowie kleine und mittlere Unternehmen. Mittelfristig müssen wir verstärkt auf erneuerbare Energien setzen und uns so von ausländischen

Energieimporten unabhängig zu machen.

Wir wollen...

- » dass geeignete Dächer von landeseigenen und kommunalen Immobilien mit Photovoltaik und / oder Solarthermie ausgestattet werden.
- » geeignete Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie an Lärmschutzwänden für Photovoltaik-Freiflächenanlagen nutzen.
- » prüfen, ob auch Parkplätze als sogenannte Solarcarports mit Photovoltaik-Anlagen überbaut werden können.
- » ein spezielles Landesförderprogramm, welches für die Installation von modernen PV-Anlagen in der Landwirtschaft weitere Anreize schafft.
- » Förderung von nachhaltigen Energiespeichermethoden.
- » Forschung zu regenerativen Energieträgern und Umwelttechnik im Saarland.
- » die sogenannte 10-H-Regelung einführen, wonach der Mindestabstand zwischen einer Windenergieanlage (WEA) und der Wohnbebauung das Zehnfache der Höhe der Anlage betragen muss.
- » Bürgerenergiegenossenschaften fördern und unterstützen.
- » eine Energieversorgung in öffentlicher Hand anstreben.
- » darauf hinwirken, dass die im Jahr 2007 abgeschaffte staatliche Strompreisaufsicht mit Zuständigkeit der Länder wieder eingeführt wird.
- » dass Strom, Gas und Wasser für alle Menschen bezahlbar und verfügbar sein müssen.
- » eine kostenlose, aufsuchende Beratungsarbeit für Haushalte, die von Energiesperren betroffen sind.
- » die Mehrwertsteuer für Strom auf sieben Prozent absenken, damit Strom wieder bezahlbar wird.
- » ein saarländisches Klimaschutzgesetz mit dem Ziel der Klimaneutralität im Saarland.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die deutsche Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen beim Wandel der Energieversorgung. Fossile Energieträger belasten Umwelt und Klima. Gerade bei ihnen verzeichnen wir auch zunehmende Versorgungsunsicherheit und explodierende Kosten. Beim Umbau setzen wir auf marktwirtschaftliche Instrumente

wie Steuern und Zertifikate. Die Bepreisung von Umweltbelastungen darf aber nicht dazu führen, dass Unternehmen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren und im Endeffekt Emissionen bloß verlagert werden. Es gilt hier gegenzusteuern durch Abbau staatlicher Belastungen etwa beim Strompreis. Die beschleunigte Abschaffung der EEG-Umlage ist hier ein erster Schritt. Darüber hinaus müssen Mehrkosten klimaneutraler Produktionsverfahren - soweit erforderlich und möglich- ausgeglichen werden. Klimaschutzdifferenzverträge sind dafür ein vielversprechender Ansatz. Ohne einen deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien wie Windkraft und Photovoltaik ist aber weder die Umstellung auf klimaneutrale Produktion mit einer Sicherung der Arbeitsplätze, noch der erhöhte Strombedarf im Verkehrssektor zu gewährleisten. Es gilt Genehmigungsverfahren für PV- und Windkraftanlagen zu verschlanken, Abstandsregeln zu modifizieren und den Aufbau von Speicherkapazitäten voranzutreiben.

FDP

Wir brauchen einen breiten Energiemix, um neben der Ökologie die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie zu gewährleisten. Zudem sollen auf Bundesebene Maßnahmen getroffen werden, um die Energiepreise zu senken. Neben der Abschaffung der EEG-Umlage sind auch Steuersenkungen ein probates Mittel.



Rückblick: Erfolge für den Mittelstand
Welche Verbesserung für KMU in den vergangenen 10 Jahren lassen sich auf Ihre Initiativen zurückführen?

CDU

Gerade wurde durch Ministerpräsident Tobias Hans und den Beauftragten für Strategie und Innovation Ammar Alkassar die Landesbauordnung des Saarlandes dahingehend geändert, dass in Kürze Bauanträge digital eingereicht

werden können. Dies stellt eine erhebliche Erleichterung für alle Planerinnen und Planer sowie für Bauvorhaben im Saarland dar. Neu eingeführt wurde dabei auch das Angebot des Runden Tisches für komplexe Bauvorhaben. So können insbesondere Sonderbauten schon frühzeitig besprochen und dadurch zügiger genehmigt werden.

Auch die Digitalisierungsoffensive Anfang des Jahres mit dem Digitalisierungsgesetz der CDU-geführten Landesregierung beschleunigt und vereinfacht den Kontakt zu den Behörden des Landes. Eine enorme Erleichterung für KMU, aber auch für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Digitalisierungsoffensive mit dem flächendeckenden Ausbau von schnellem Internet ist insbesondere für Unternehmen ein wesentlicher Beitrag zur Zukunftsfähigkeit. Mussten zuvor auf eigene Rechnung teilweise Kilometer Kabel neu verlegt oder ausgebaut werden, werden dank der Initiative von Ministerpräsident Tobias Hans nun fast flächendeckend mindestens 50Mbit/s bereitgestellt. Im zweiten Schritt folgt nun der Ausbau von Glasfaser. Hier unterstützt die Landesregierung über die Gigabitprämie den Anschluss mit Glasfaser mit bis zu 75% der Baukosten.

Die Fortschreibung des Masterplan Industrieflächen geht maßgeblich auf den Druck der CDU zurück. Wir brauchen im Saarland auch zukünftig Platz für die Ansiedlung und das Wachstum von industriellen Unternehmen. Zukünftig sollen regelmäßige Industrie- und Gewerbeflächen ausgewiesen und entwickelt sowie Brownfields aufbereitet und reaktiviert werden. Einen besonderen Fokus hat die CDU auch auf die Unterstützung von Gründerinnen und Gründern gelegt. Dazu wurde einerseits am Campus der Universität des Saarlandes ein Innovation Campus errichtet, an dem der Austausch mit bestehenden Unternehmen und Gründern gepflegt, neue Produkte entwickelt und Kooperationen unterstützt werden.

Um die Finanzierung von Startups aus dem IT-Bereich zu unterstützen, wurde kürzlich der Saar-Tech-Cycle auf den Weg gebracht, um Produkte näher am Bedarf zu entwickeln und die neuen Unternehmen beim Wachstum zu fördern. Dies soll vor allem zu einem lebendigen und agilen Gründungsgeschehen im Saarland, zu einem attraktiven Ort für innovative Unternehmen und somit einem gesunden Mix aus verschiedenen Branchen und Wirtschaftsbereichen beitragen. Dieses Ziel verfolgt auch die Ansiedlung der zahlreichen universitären Forschungseinrich-

tungen, wie jüngst des Helmholtz-Zentrums für Informationssicherheit und die Anstrengungen zur Verbesserung des Technologietransfers aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Unternehmen.

SPD

Die sicherlich nachhaltigste Maßnahme der letzten zehn Jahre ist das saarländische Mittelstandsförderungsgesetz, das wir 2016 auf den Weg gebracht haben – eines der modernsten Regelwerke für den Mittelstand in ganz Deutschland. Es wird auch nach Ansicht der Kammern den Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen im Saarland in besonderer Weise gerecht und hat dem Mittelstand vor allem im Hinblick auf das Vergaberecht neue Chancen eröffnet. Weitere erfolgreiche Maßnahmen der vergangenen Jahre sind die Einführung des Meisterbonus für Beschäftigte, die erfolgreich eine Weiterbildungsmaßnahme auf Meisterniveau abgeschlossen haben, die Förderprogramme „Digitalstarter Saar“ und „Kompetenz durch Weiterbildung“, das landeseigene Sofortprogramm zur Bewältigung der Coronapandemie sowie die Erarbeitung des „Zukunftskonzepts für den Handel im Saarland 2030“, mit dem wir den lokalen Einzelhandel fit für die Zukunft machen.

DIE LINKE.

Mit viel Aktionen auf kommunaler Ebene und auf Landesebene haben wir versucht, auf die Nöte von Selbstständigen und kleinen und mittleren Unternehmen aufmerksam zu machen. Dazu gehört, dass es nicht sein darf, dass weltweit agierende Großunternehmen ihre Steuern nur dort bezahlen, wo es fast nichts kostet. Hier bei uns nutzen sie aber die Infrastruktur kräftig mit, die hauptsächlich durch die kleinen und mittleren Unternehmen als brave Steuerzahler vor Ort finanziert wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Leider waren Bündnis 90/ Die Grünen in den letzten 10 Jahren nicht Teil der Landesregierung und gehörten in den letzten 5 Jahren auch nicht dem saarländischen Landtag an. Gleichwohl haben wir uns stets dafür eingesetzt, die Bedingungen gerade für KMU zu verbessern und insbesondere Wirtschaftsförderungsmaßnahmen nicht einseitig auf große Industrieunternehmen auszurichten. So kommt etwa unsere Politik für Erneuerbare Energien unmittelbar Handwerks-

betrieben und innovativen Mittelständlern zu Gute. Unser Eintreten für eine umfassende Digitalisierung verbessert die Marktzugangsbedingungen gerade für KMU. Und eine gute Bildungs- und Forschungslandschaft im Saarland, wie wir seit Jahren fordern und unterstützen, bringt dem Mittelstand die kreativen jungen Köpfe die er für seine Zukunftsfähigkeit so dringend braucht.

FDP

Leider waren wir in den vergangenen 10 Jahren nicht im saarländischen Landtag vertreten. Auf Bundesebene haben wir aus der Oppositionsrolle heraus zahlreiche Initiativen gestartet, um die Situation der KMUs und der Selbständigen zu verbessern. Gerade während der Pandemie haben wir immer wieder gemahnt, die Betriebe und die Unternehmer möglichst stark zu unterstützen, damit sie überleben können.



Schlussstatement

Warum sollen saarländische KMU und Selbständige am 27. März Ihre Partei wählen?

CDU

Die CDU Saar hat die innovativsten und besten Vorschläge für die Zukunft des Saarlandes. Ob Angebote für den stationären Einzelhandel in Innenstädten, um im Konkurrenzkampf mit dem Online-Handel zu bestehen, ob Lösung zur Bewältigung des Fachkräftemangels oder neue Wege in der Unterstützung von Gastronomie und Tourismusbranche. Wir als CDU fordern nicht in Überschriften, sondern präsentieren ein Angebot. Dazu kommen die vielen Kandidaten, die eine Expertise in den unterschiedlichsten Branchen und Gewerken mitbringen. Auf unseren Listen finden Sie Expertise als Kaufmann, Jurist, Orthopädiemeister, Planer, Schreiner und vielem mehr. Darunter einige selbständi-

ge Unternehmerinnen und Unternehmer, die selbst die Bedürfnisse und Herausforderungen des Mittelstandes kennen. Diese vertreten Ihre Interessen gegenüber anderen Fraktionen und achten darauf, dass die Wirtschaft im Saarland die besten Bedingungen für Wachstum und Innovationen hat. Bei der CDU Saar können Sie sicher sein, dass Ihre berechtigten Ansprüche auch gegenüber Koalitionspartnern nicht aufgegeben und für eine Regierungsbeteiligung verkauft werden. Unser Angebot aus Ideen und Köpfen sollte auch Sie bei der Landtagswahl am 27.03.2022 davon überzeugen, mit Ihrer Stimme die CDU Saar zu wählen.

SPD

Unter der Leitung von Anke Rehlinger hat das Wirtschaftsministerium die Saarwirtschaft sicher durch die Krisen der letzten Jahre begleitet. Gute Arbeit, sichere Arbeitsplätze und eine aktive Politik für Strukturwandel und Transformation werden nach dem 27. März Cheffinnensache der Ministerpräsidentin.

DIE LINKE.

Kleine und mittlere Unternehmen und Selbstständige fallen dadurch auf, dass sie öfter mal etwas Neues wagen müssen, wenn sie sich am Markt behaupten wollen. In den letzten Jahrzehnten hatten wir im Saarland Regierungen mit der Beteiligung von CDU, SPD, FDP und Grünen. Trotzdem hat sich das Blatt für kleine und Mittlere Unternehmen als auch für Selbstständige bis heute nicht zum Besseren gewendet. Deshalb sagen wir: Wagen Sie dieses Mal etwas Neues! Wählen Sie die LINKE! Geben Sie uns damit die Chance, Ihre Interessen im saarländischen Landesparlament nachhaltig vertreten zu können. Einen Versuch ist es allemal wert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In den anstehenden grundlegenden Transformationen werden solche Regionen profitieren, die sich am schnellsten in der neuen Realität einfinden und sowohl neu zu gründenden, vor allem aber bestehenden Unternehmen die besten Voraussetzungen für erfolgreiche Innovationen bieten. Wir von Bündnis 90/Die Grünen wollen den Wandel ordnungspolitisch gestalten und die kleinen und mittleren Unternehmen dabei unterstützen, ihre unternehmerischen Ideen umzusetzen und nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern.

FDP

Die Freien Demokraten wollen die Betriebe entlasten, damit sie vernünftig wirtschaften können. Wie wollen so wenig Vorgaben wie möglich machen. Zudem setzen wir auf eine gute Infrastruktur, um das Saarland als Wirtschaftsstandort, aber auch als Ort zum Leben attraktiv zu halten.

Die eingereichten Antworten wurden weder gekürzt noch redigiert. Für die Inhalte sind die Parteien verantwortlich.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Parteien für die Beantwortung unserer Fragen.



LANDTAGSWAHL IM SAARLAND 2022

Die Wahl zum 17. Landtag des Saarlandes wird am 27. März 2022 stattfinden. Für die Sitzverteilung gilt eine Sperrklausel von 5 % der gültigen Stimmen im Land. 41 Sitze werden auf die Kreiswahlvorschläge der Parteien und Wählergruppen verteilt. Auf Landesebene werden die 51 Sitze proportional auf die Parteien und Wählergruppen verteilt. Stehen der Partei oder Wählergruppe mehr Sitze zu, als ihren Kreiswahlvorschlägen zugeteilt wurden, erhält sie die restlichen Sitze über ihren Landeswahlvorschlag. Ist kein Landeswahlvorschlag vorhanden, werden die restlichen Sitze stattdessen auf ihre Kreiswahlvorschläge durch fortgesetzte Anwendung des d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens verteilt.

Quelle: Wikipedia

LANDTAG DES SAARLANDES



**Gewerbe- & Unternehmerverband
des Saarlandes – GVS e. V.**

Hohenzollernring 8
66740 Saarlouis
Tel.: 06831 6986333
info@gvs-ev.de
www.gvs-ev.de
[LinkedIn/GVS-EV](#)
[Facebook/GVS.EV](#)
[Twitter/GVSEV2](#)